

DIE GRÜNE MAMBA

Zeitung von B90/DIE GRÜNEN in München • Nachrichten aus Fraktion und Partei
www.gruene-muenchen-stadtrat.de

EINGETRAGENE LEBENSPARTNERSCHAFT

Ein wichtiger Schritt zur Gleichberechtigung für Lesben und Schwule

Die Gleichstellung von Lesben und Schwulen ist ein wichtiges Thema in der Bürgerrechtspolitik. In einer demokratischen Gesellschaft geht es nicht an, dass einem Teil der Bürgerinnen und Bürger Rechte vorenthalten bleiben.

Daher ist das Projekt der Eingetragenen Partnerschaft das zentrale Reformprojekt in der Lesben und Schwulenpolitik seit der Regierungsbeteiligung im Bund. Das sogenannte Lebenspartnerschaftsgesetz ist beschlossen und wurde am 22. Februar 2001 im Bundesgesetzblatt verkündet.

Zur Geschichte

Die Eingetragenen Partnerschaften bedeuten einen Epochenwandel im Umgang des Staates mit seinen lesbischen und schwulen BürgerInnen.

Was drin ist:

	Seite
MVV-Tarife.....	4
Integration an Schulen.....	6
Angst vor Jugendlichen.....	8
Ist München liberal?.....	10
Polizeiterror in Genua.....	13
Hochhausdebatte.....	14



So ist es. Plakat des Lesben- und Schwulenverbandes in Deutschland

Als der § 175, der Homosexualität unter Strafe stellte, 1969 aufgehoben wurde, betonten die Sprecher aller Fraktionen im Bundestag, dass damit homosexuelles Verhalten nicht gebilligt werde, sondern nach wie vor verwerflich, sittenwidrig sei. Diese Sittenwidrigkeit galt noch bis vor 15 Jahren in der bundesdeutschen Rechtsordnung. Endgültig beseitigt wurde der § 175 erst 1994.

Das Stigma der Unsittlichkeit fiel erst in den achtziger Jahren. Damals urteilte der Bundesgerichtshof, es könne heute nicht mehr festgestellt werden, dass das Zusammenleben unverheira-

teter Personen gleichen oder verschiedenen Geschlechts als sittlich anstößig empfunden werde. Das Zusammenleben stehe deshalb als Ausfluß der allgemeinen Handlungsfreiheit unter dem Schutz des Grundgesetzes. Das hat inzwischen auch das Bundesverfassungsgericht bestätigt.

Heute sind also nichteheliche Partnerschaften sozial anerkannt. Was immer noch fehlte, waren rechtliche Regelungen und Sicherheiten für diese Lebensformen. Bisher wurde dies insbesondere von den konservativen Parteien mit der Begründung verweigert, wer Rechte haben wolle, der solle heiraten.

Das Kandidatenkarussell

...dreht sich weiter. Am Samstag, den 13. Oktober stellen die Grünen ihre Liste für die Stadtratswahl auf. Die Mamba präsentiert in diesem Heft 5 weitere BewerberInnen für aussichtsreiche Listenplätze. Eine vollständige Übersicht findet sich auf der letzten Seite.

Das ist genau das Problem für homosexuelle Partnerschaften. Sie können nicht wählen, ob sie heiraten wollen oder nicht. Viele Lesben und Schwule wollen auch nicht heiraten, aber sie wollen das Recht haben, wählen zu können.

Erster Grüner Gesetzentwurf schon 1995

1995 hat die Bundestagsfraktion der Grünen einen Gesetzentwurf in den Bundestag eingebracht, der eine Ergänzung des § 1353 BGB vorsah. Dabei wäre klargelegt worden, dass auch gleichgeschlechtliche Personen eine Ehe eingehen können. Daraus hätten sich alle anderen für Ehepaare üblichen Rechtsfolgen ergeben. Dies war aufgrund der politischen Machtverhältnisse nicht durchsetzbar. Grüne Forderung war es dann, ein Rechtsinstitut Eingetragene Partnerschaften zu schaffen.

Dies wurde auch in den Koalitionsvertrag eingebracht, in dem es heißt: „Wir werden ein Gesetz gegen die Diskriminierung und zur Förderung der Gleichbehandlung u.a. mit der Einführung des Rechtsinstituts der Eingetragenen Partnerschaften mit Rechten und Pflichten auf den Weg bringen“ und „Die Empfehlungen des Europäischen Parlaments zur Gleichstellung von Lesben und Schwulen werden berücksichtigt.“

Europäische Nachbarn weiß vorraus

1994 hat das EP gefordert, die Nichtzulassung von homosexuellen Paaren zur Eheschließung oder zu anderen entsprechenden rechtlichen Regelungen zu beseitigen, was von der EU-Kommission 1997 bestätigt wurde. 1997 forderte das EP auf Initiative der Grünen, jede Diskriminierung und je-

de Ungleichbehandlung von Schwulen und Lesben zu unterbinden, insbesondere was Benachteiligungen im Arbeits-, Zivil-, Vertrags-, Sozial-, Wirtschafts-, Straf- und Adoptionsrecht betrifft.

Ein Blick in die europäischen Nachbarländer zeigt, dass diese Deutschland weit voraus waren:

Dänemark hat 1989 ein Gesetz zur Eintragung gleichgeschlechtlicher Paare verabschiedet, Norwegen 1993, ebenso Schweden, Grönland, Ungarn und Island. In Frankreich gibt es den sogenannten Pacs oder Ziviler Solidaritätspakt. In den Niederlanden wurde die Ehe für gleichgeschlechtlich Partnerschaften geöffnet - inklusive des Adoptionsrechtes.

In Deutschland lebten gleichgeschlechtliche Paare dagegen mit schweren rechtlichen Benachteiligungen. Sie galten vor dem Gesetz als Fremde, egal wie lange sie zusammengelebt hatten. Sie haben nicht einmal den Rechtsstatus von Angehörigen. Entfernte Verwandte hatten mehr Rechtsansprüche als der Lebenspartner.

Die Zustimmung in der Bevölkerung wächst

Nach Umfragen befürworten 54 % der Bundesbürger die Frage: „Sollen homosexuelle Paare heiraten dürfen und damit die gleichen Rechte erhalten wie heterosexuelle Paare?“ mit ja, nur 37 sprachen sich dagegen aus. Bei Jüngeren unter 34 Jahren ist es noch eindeutiger, von ihnen sprechen sich 77% für das Recht auf Eheschließung aus.

Um was geht es?

Es geht um ein Rechtsinstitut, das es gleichgeschlechtlichen Paaren ermöglicht, in Rechtssicherheit miteinander zu leben.

Die grünen Forderungen waren: Formelle Regelungen für das Eingehen der Partnerschaft, die auf dem Standesamt besiegelt werden soll: Verbot der „Doppelhehe“ und Regelungen für den Fall der Trennung, die dem Scheidungsrecht entsprechen. Alle Rechtsfolgen der Ehe - sowohl Rechte als auch Pflichten - sollen bei der Eingetragenen Partnerschaft greifen. Das gilt für das Ausländer-, Steuer-, Dienst-, Arbeits-, Unterhalts-, Erb-

und Sozialrecht sowie für alle weiteren in Frage kommenden Rechtsgebiete incl. Adoptionsrecht.

Das Projekt Lebenspartnerschaft besteht jetzt aus zwei Teilen, aus dem Lebenspartnerschaftsgesetz und dem Ergänzungsgesetz zum Lebenspartnerschaftsgesetz. Die Aufteilung in zwei Teile wurde notwendig, weil die Unionsparteien ankündigten, das Projekt im Bundesrat zu blockieren. Zur Verabschiedung des Lebenspartnerschaftsgesetzes benötigte man keine Zustimmung im Bundesrat, für das Ergänzungsgesetz dagegen schon. Beide Teile passierten am 10. November 2000 den Bundestag.

Das Lebenspartnerschaftsgesetz:

Das **Lebenspartnerschaftsgesetz** beinhaltet die Schaffung eines familienrechtlichen Instituts der Eingetragenen Partnerschaft und die daran anschließenden familienrechtlichen Regelungen, d.h. behördliche Eintragung der Lebenspartnerschaft, Regelungen für den Fall der Trennung, Namensrecht wie bei Eheleuten, Regelungen zum Güterstand, Unterhaltsverpflichtung, kleines Sorgerecht für Kinder in der Partnerschaft, d.h. Lebenspartner erhalten die Befugnis zur Mitentscheidung in Angelegenheiten des täglichen Lebens, verbesserte Sozialleistungen durch Erhöhung des Leistungssatzes beim Arbeitslosengeld und der Einbeziehung in das Bundeserziehungsgeld, wenn Kinder vorhanden sind, Angehörigenstatus und damit umfassende Zeugnisverweigerungs- und Auskunftsrechte, Schaffung von Verwandtschaftsverhältnissen (Schwiegereltern, Schwägerschaft). Weitere wichtige Rechtsfolgen sind im Mietrecht zu finden, d.h. der überlebende Lebenspartner darf in der Mietwohnung wohnen bleiben, das gesetzliche Erbrecht wie Ehegatten, die Einbeziehung der Lebenspartner in die Kranken- und Pflegeversicherung und das Nachzugsrecht für den ausländischen Lebenspartner einschließlich Arbeitsgenehmigung. Dieser Teil ist beschlossen und ist am 1. August in Kraft getreten. Offen geblieben sind als Folge der Ablehnung des **Lebenspartnerschaftsergänzungsgesetzes** durch den Bundesrat:

Der formale Akt der Eintragung durch den Standesbeamten, d.h. die Bestim-

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

noch rechtzeitig bevor die Angelegenheit zu einem Thema für das Münchner Sommerloch werden konnte, haben sich die KonkurrentInnen um den 1. Platz auf der Grünen Stadtratsliste auf einen recht naheliegenden Kompromiss geeinigt: Der erste Platz bleibt einer Frau vorbehalten. Hep Monatzeder wird sich um Platz 2 und um die OB-Kandidatur bewerben. Die Zustimmung der Stadtversammlung vorausgesetzt, wird der Grüne Wahlkampf auf ihn als Spitzenkandidaten zugeschnitten. Damit haben beide Seiten einen Schritt zurück getan und eine Debatte beendet, aus der die Münchner Grünen Schlüsse ziehen sollten.

Da ist zunächst die Erkenntnis, dass Brüche mit grünen Traditionen wie die Kandidatur eines Mannes auf Platz 1 gut vorbereitet und mit einigem zeitlichen Abstand zur Listenaufstellung diskutiert werden sollten. Andernfalls riskiert man, den Wahlkampf mit monatelangen Personalquerelen zu überlagern.

Zweitens müssen wir der Tatsache ins Auge blicken, dass es in München auch nach 15 Jahren Frauenstatut keine Grüne Frau mit größerem Bekanntheitsgrad gibt, auf die eine Spitzenkandidatur quasi „automatisch“ zulaufen würde.

Die Quote ist eben kein Zaubermittel. Sie ist ein Instrument, um Frauen den Einstieg in die Politik zu erleichtern. Das Versagen dieses Instruments sollte Anlass sein, es in Zukunft differenzierter einzusetzen anstatt den Listenplatz 1 als einmal erworbenes und unter allen Umständen gegen die Dominanz der Männer durchzusetzendes Recht zu reklamieren.

Markus Viellvoye



Herbert Danner

46 Jahre, 2 Kinder
Umweltberater und Baubiologe
BA 15 (Trudering-Riem)
Stadtrat von 1994-96

Strebst Du einen aussichtsreichen Listenplatz an?

„Ja.“

mung der Behörde durch die Länder, Regelungen im Steuerrecht, wie bei der Erbschafts- und Einkommensteuer, Regelungen zum Öffentlichen Dienst, eine Reihe von Ausbildungsverordnungen, die Eintragung im Ausland im Konsulargesetz, Regelungen zum Bundessozialhilfe- und zum Wohngeldgesetz. Das Ergänzungsgesetz ist aber noch nicht vom Tisch. Eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe soll einen Kompromiss erarbeiten, damit dann zumindest ein Teil des Ergänzungsgesetzes in Kraft treten kann.

Wie geht es weiter?

Jedes Bundesland muss in einem Ausführungsgesetz festlegen, wo die Lebenspartnerschaft eingegangen wird. In der Bestimmung der Behörde sind die Länder frei. Einige Länder wie Berlin, NRW, Niedersachsen haben dafür das Standesamt bestimmt, was auch naheliegender ist. In Rheinland-Pfalz und im Saarland wird die Eintragung in der Gemeinde oder der Stadtverwaltung durchgeführt.

In Bayern gibt es bisher kein Ausführungsgesetz, da die Staatsregierung und die CSU sich weigern, das Lebenspartnerschaftsgesetz anzuerkennen. Bayern hat zusammen mit Sachsen und Thüringen angekündigt, beim Bundesverfassungsgericht eine Normenkontrollklage gegen das Gesetz einzureichen, da das Gesetz verfassungswidrig sei und gegen Art. 6 GG „Schutz der Ehe und Familie“ verstieße. Die bayerische Staatsregierung nimmt Bezug auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahre 1993, in dem ein Anspruch gleichgeschlechtlicher Paare auf Eheschließung unter dem geltenden Recht verneint wurde. Karlsruhe hat dem Gesetzgeber aber nicht verboten, die „Homoehelike“ einzuführen. Es hat auch darauf hingewiesen, dass in dem Bereich erhebliche Benachteiligungen

existieren, die vom Gesetzgeber abgeschafft werden sollen. Worauf sich die Unionsparteien gerne zurückziehen, ist das Gebot des BVerfG, der Gesetzgeber dürfe für Ehepaare gegenüber Ledigen und unverheiratet zusammenlebenden Paaren keine Benachteiligung schaffen. Das trifft auf gleichgeschlechtliche Paare nicht zu, weil Lesben und Schwule ja nicht bessere Rechte, sondern gleiche Rechte fordern. Ein anderer Einwand ist der Schutz der Familie, denn gleichgeschlechtliche Paare könnten nicht gemeinsam biologische Eltern von Kindern werden. Die Ehe bei heterosexuellen Paaren ist jedoch als Rechtsinstitut nicht vom Wunsch oder der Fähigkeit, Kinder zu zeugen abhängig - die Ehe bleibt ja auch gültig wenn sie gewollt oder ungewollt kinderlos bleibt.

Bayern spielt auf Zeit!

Bayern ist beim Bundesverfassungsgericht mit seinem Eilantrag auf eine einstweilige Anordnung gegen das Gesetz gescheitert und muss nun ein Ausführungsgesetz beschließen - ein wichtiger Etappensieg auf dem Weg zur Gleichstellung von Schwulen und Lesben. Die Staatsregierung spielt aber offensichtlich auf Zeit und hat einen entsprechenden Gesetzentwurf erst für Ende des Jahres angekündigt. Zudem will sie die Lebenspartnerschaften offensichtlich nicht von den Standesämtern besiegeln lassen.

In München hat der Stadtrat bereits beschlossen, dass für die Eintragung das Standesamt zuständig ist. Eigentlich eine Selbstverständlichkeit, nun muss noch die Staatsregierung von ihrem Diskriminierungskurs gegen Lesben und Schwule abrücken, damit auch für gleichgeschlechtliche Paare eine würdige Zeremonie stattfinden kann.

Lydia Dietrich
(Vorsitzende Grüne München)

ALLE JAHRE WIEDER kommt die Tarifierhöhung

Immer wieder im Mai oder Juni stehen wir verduzt vor dem Fahrkartenautomaten und wundern uns, dass die Streifenkarte entweder teurer geworden ist oder weniger Streifen auf der Karte sind - und ärgern uns. Wie sollen die GRÜNEN zu den Tarifierhöhungen stehen?

Es wäre sicher populär, in das allgemeine Gejammer einzustimmen. Es folgen einige Gedanken zum Thema aus der Sicht eines Verkehrsplaners, zunächst eher vordergründiger und praktischer und dann eher prinzipieller Natur.

Wie sehr sind die Tarife gestiegen?

Ohne hier auf genaue Beträge einzugehen lässt sich festhalten, dass die Preise für Einzelfahrten und Streifenkarten stärker gestiegen sind als die sonstigen Lebenshaltungskosten. Für Zeitkarten gilt dies jedoch nicht. Sie sind im Verhältnis günstiger geworden. Der MVV belohnt also diejenigen, die ihn häufiger benutzen.

Zudem erweitert und verbessert sich das Netz des MVV beständig. Insofern ist es gerechtfertigt, dass die Preise in angemessenem Umfang überproportional zu den Lebenshaltungskosten steigen. Sicherlich werden durch neue Linien und Angebote neue Fahrgäste gewonnen, die zu neuen Einnahmen führen, und natürlich benutzen die meisten Fahrgäste in der Regel die gleichen Wege und profitieren daher nur wenig von neuen Strecken oder Angeboten. Aber hin und wieder ist doch eine neue Strecke dabei, auf der wir dann schneller sind.

Gerechtigkeit und Verständlichkeit

Jedes Tarifsystem ist ein Balanceakt zwischen Gerechtigkeit und Verständlichkeit. In den letzten Jahren sind außerdem verstärkt Marketing-Gesichtspunkte dazugekommen. In der Einzelfallbetrachtung wäre es gerecht, wenn die Fahrt zwischen Münchner



Ganz schön happig: 17, 50 DM für 10 Streifen.

Freiheit und Goetheplatz am günstigsten wäre. Hier fährt der MVV rechnerisch Gewinne ein. Eine Fahrt in der Nacht gegen 1.00 Uhr auf einer schwach frequentierten Buslinie durch ein Einfamilienhaus-Gebiet käme dagegen wohl teurer als ein Taxi.

Gerade weil man im gesamten Stadtgebiet - abgesehen von Kurzstrecken - zu jeder Zeit mit der Streifenkarte das Gleiche bezahlt, unabhängig davon, ob man nun 3 oder 10 km fährt, ist das Ganze für den Gelegenheitsnutzer verständlich und kalkulierbar. Bei den Monatskarten wird dagegen nach feinteiligen Zonen innerhalb des Stadtgebiets differenziert, weil sich bei Dauernutzern dieser Aufwand lohnt und mehr Gerechtigkeit bringt. Im Prinzip ein guter Weg. Bei Fahrten über das Stadtgebiet hinaus und umgekehrt kommt es aufgrund der harten Zonen Grenzen zwangsläufig zu ungerechten Tarifsprüngen. Etliche MVV-Kunden nutzen wegen der Tarifgrenzen an der nächsten Station hinter der Zonen Grenze Park+Ride anstatt direkt einzusteigen. Die Abfederung dieser drastischen Tarifsprünge wäre ein Thema, das die GRÜNEN zusammen mit den ÖV-Verkehrsiniciativen angehen könnten.

Verkehrspolitik und Sozialpolitik

„Tarifierhöhungen sind unsozial und treffen die Ärmern unter uns“ ist ein oft zu hörendes Argument. Zuweilen wird auch die Forderung nach einem Nulltarif laut. Aber ist es sinnvoll, auch diejenigen zu subventionieren, die eigentlich einen höheren Fahrpreis bezahlen könnten? Dies gleicht eher früheren Methoden der Subvention mit der Gießkanne. Es ist in erster Linie die Aufgabe der Sozialpolitik und des Steuersystems für soziale Gerechtigkeit zu sorgen. Ein verkehrspolitisches Konzept kann dies nicht leisten, sonst könnte z.B. auch die Ökosteuer niemals Lenkungswirkung entfalten. Mobilität hat ihren Preis und die Nutzer sollten bereit sein, ihn zu bezahlen.

Darüber hinaus gibt es ja auch spezielle Tarifangebote für eher weniger Betuchte, wie Schüler-, Studenten- und Seniorenkarten, sowie die Grüne Karte (sympathischer Name). Letztere kommt auch den betrieblichen Erfordernissen des öffentlichen Verkehrs entgegen, weil sie die Fahrgäste auf Zeiten lenkt, in denen die Fahrzeuge weniger überfüllt sind. Soziale, aber vor allem auch Marketing-Gesichtspunkte haben den MVV wie auch die Deutsche Bahn bewegt, Tickets wie

z.B das neue XXL-Ticket einzuführen, die vor allem Familien zugute kommen und direkt dem Auto Konkurrenz machen, weil mehrere Personen vergleichsweise günstig mit einem Ticket fahren können.

Subvention des Verkehrs

Der öffentliche Verkehr ist zwar wesentlich umweltverträglicher als das Auto, aber auch umweltschädlicher als Radfahren und Zuzußgehen. Es kann daher nicht das Ziel grüner Verkehrspolitik sein, dass möglichst Viele möglichst weit mit dem Öffentlichen Verkehr „umeinanderfahren“. Besser ist es, wenn jeder möglichst viele Ziele, wie Arbeitsplatz sowie Einkaufs- und Freizeitmöglichkeiten in der Nähe vorfindet. Beim MVV zahlt der Nutzer mit dem Fahrschein derzeit etwa die Hälfte der anfallenden Kosten, die andere Hälfte zahlen wir mit unseren Steuern. Es kann kaum erwartet werden, dass öffentlicher Verkehr kostendeckend ist, angesichts der staatlichen bzw. städtischen Aufgabe, eine gewisse Grundversorgung für jeden bereit zu stellen. Wenn man so will, zahlt man mit dem Fahrschein den Luxus schneller zu sein bzw. häufiger fahren zu können, als dies bei einer Minimalversorgung der Fall wäre. Das Maß dieser Grundversorgung mit öffentlichen Verkehrsmitteln und das Maß der Subvention bzw. die Höhe des Etats für den Öffentlichen Verkehr ist politisch gesetzt. Allerdings ist die Politik dabei nicht ganz frei, denn in gewissem Umfang ist der Öffentliche Verkehr Voraussetzung für eine funktionsfähige Wirtschaft und Gesellschaft.



Jens Mühlhaus
 30 Jahre, ledig
 Dipl.-Bauingenieur
 Mitglied der Grünen seit 1996
 Strebst Du einen aussichtsreichen Listenplatz an?
 "Ja."

Wenn uns der Fahrpreis im Vergleich zum Auto trotzdem hoch vorkommt, dann liegt das daran, dass das Auto, gemessen an seinen Folgekosten noch wesentlich stärker subventioniert wird. Nicht wenige Wirtschaftsinstitute sahen deswegen 5,- DM pro Liter Benzin als gerechtfertigt an (eine Vertiefung dieser Diskussion würde allerdings Bände füllen ...). Für die ÖV-Tarife folgt daraus vor allem, dass die Subvention bzw. der Etat schon aus Gründen der Konkurrenzfähigkeit aufrechterhalten werden muss, solange das Auto so stark subventioniert wird. In diesem bestehenden System rechnet sich auch so einiges der ÖV-Subventionen, weil die gewonnen Fahrgäste mit dem reduzierten Gebrauch des Autos weniger Schaden anrichten können und zusätzlicher Straßenbau nicht notwendig wird.

Wieviel Verkehr brauchen wir?

Letztendlich sollte uns bewusst sein, dass wir deswegen soviel Verkehr in Form von weiten Strecken bzw. langen Wegen haben, weil der Verkehr aufgrund der Subventionen so billig ist. Dies gilt vor allem für das Auto, aber eben auch für den Öffentlichen Ver-

kehr. Überlegungen, den Öffentlichen Verkehr durch Senkung der Standardtarife noch stärker zu subventionieren, sind daher nicht der richtige Weg. Der bessere Ansatzpunkt, um der Konkurrenz durch das Auto zu begegnen, ist die Herstellung von mehr Kostengerechtigkeit beim Autoverkehr. Die Stadt hat hier leider nur wenig Gestaltungsspielraum, weil viel durch Bundesgesetze geregelt werden müsste. Ein vielversprechender Ansatz ist jedoch das Parkraummanagement, das derzeit im Lehel im Rahmen von MOBINET erprobt wird: über Parkgebühren geht dort die Wertigkeit des knappen öffentlichen Straßenraums in den Innenstadtrandgebieten in die Kostenrechnung für den Autoverkehr ein. Über mehr vom Auto auf den MVV umgestiegene Fahrgäste wird dann bei weiterhin nur moderaten Tarifierhöhungen mehr Leistung möglich. Dann ist auch der Ausbau des Öffentlichen Verkehrs in München sinnvoll. Mit weniger Subventionen und mehr Kostengerechtigkeit im Verkehr kann es uns eher gelingen, den optimalen Wirkungsgrad im Verkehr zu erreichen - d.h. einen hohen Nutzen bei geringen Schäden.

Paul Bickelbacher

2, 5 Millionen für das erweiterte Klimaschutzprogramm

Nägel mit Köpfen macht die Stadt München jetzt mit ihrem erweiterten Klimaschutzprogramm. Der Umweltausschuss beschloss Anfang Juli zahlreiche Einzelmaßnahmen zur Werbung für Energiesparmaßnahmen und die Nutzung regenerativer Energien. Zentrale Bestandteile des Programms sind unter anderen ein Internetauftritt „Klimaschutz in München“, in dem alle städtischen Aktivitäten zum Schutz des Klimas zusammengefasst werden und die Aktion „Direktmarketing Altbausanierung“ Auch ein „solares Infomobil“ ist Teil des Maßnahmenpakets. Ausgerüstet mit Solarwärme- und Solarstromanlagen sowie sonstigen Demonstrationsobjekten wird es in den nächsten vier Jahren auf Stadtteilstellen und sonstigen Open-air-Events präsent sein. Ein weiteres interessantes Projekt ist die finanzielle Förderung von Photovoltaik-Bürgerbeteiligungsanlagen mit insgesamt 200.000 DM. Während sich die bisherige Förderung von Photovoltaikanlagen an Hauseigentü-

mer wandte, können nun auch Bürger profitieren, die kein eigenes Hausdach haben. Die Gründung einer Solarpark 2001 GmbH ist in Vorbereitung. Grünen-Stadträtin Judith Schmalz: „Die Stadt wird in den nächsten Jahren 2,5 Mio DM ausgeben, um den verantwortlichen Umgang mit unseren Energieressourcen und die Errichtung von 10.000 Solardächern in München zu fördern - ein neuer Meilenstein in der Umweltpolitik der Stadt!“

INTEGRATION KOMMT NICHT VON ALLEINE

Was die Stadt an Schulen und Kindergärten unternimmt



Tassia Fouki

Im Laufe der Jahrzehnte, haben sich die pädagogischen Bemühungen um Integration wesentlich geändert. Stand bei den ersten Modellversuchen in den Kindergärten hauptsächlich die Sprachförderung im Vordergrund, so ist es heute die Förderung des Zusammenlebens, unabhängig von der Herkunft.

1975 wurden auf Beschluss des Stadtrates deutsch-ausländische Modellgruppen eingerichtet, in denen Kinder einer nicht-deutschen Nationalität und deutsche Kinder von jeweils einer Erzieherin ihrer Muttersprache betreut wurden. 1982/83 wurden 23 solcher Gruppen geführt.

- 2 deutsch-griechische
- 2 deutsch-italienische
- 12 deutsch-jugoslawische
- 7 deutsch-türkische

Die Umsetzung dieser Konzeption, die vom Staatsinstitut für Frühpädagogik wissenschaftlich begleitet wurde, stieß leider sehr bald auf Schwierigkeiten: Es gelang nur sehr schwer, ausländische Erzieherinnen aus den Herkunftsländern der Kinder zu gewinnen, die ausreichend die deutsche Sprache beherrschten. Außerdem bereitete es immer wieder Probleme, in einzelnen Stadtteilen genügend Kinder einer Nationalität zu finden, die den Einsatz einer ausländischen Erzieherin gerecht-

fertigt hätten. Die Stellen der fremdsprachigen Erzieherinnen in diesen deutsch-ausländischen Kindergarten-Gruppen wurden auf Grund notwendiger Sparmaßnahmen und auch wegen Mangel an Erziehungskräften bis auf 5 Gruppen reduziert.

Das Schulreferat ging ab 1980 dazu über, in Kindertagesstätten mit hohem Ausländeranteil (den sogenannten Multis) eine zusätzliche Erzieherin zur gezielten Förderung von ausländischen Kindern einzusetzen. Ihre Hauptaufgabe lag darin, den Kindern und Eltern die Integration zu erleichtern, Sitten und Bräuche verschiedener Nationalitäten erlebbar zu machen und, als großer Schwerpunkt, natürlich die Sprachförderung. Doch leider fielen auch die „Multis“ dem Rotstift zum Opfer. Von den 34 zusätzlichen Stellen wurden lediglich 2 beibehalten.

29 neue Stellen für interkulturelle Erzieherinnen

Nach jahrelangen Bemühungen, stellte der Stadtrat 1998 endlich Haushaltsmittel für die Umsetzung eines neuen Rahmenkonzeptes zur Förderung der deutschen Kinder und der Kinder aus Migrantenfamilien bereit. In einer Planungsgruppe aus pädagogischen Fachkräften und StadträtInnen wurde eine neue Konzeption erarbeitet. Leitideen sind unter anderem:

- bei den Stärken des Kindes beginnen
 - Defizite nicht im Vordergrund sehen
 - Stärkung der emotionalen Stabilität des Kindes
 - Erziehung zur interkulturellen Aufgeschlossenheit
 - Förderung von Sprachbewusstsein bei deutschen und fremdsprachigen Kindern
 - Berücksichtigung der unterschiedlichen Situation von Mädchen und Jungen
 - Schwerpunktsetzung in den Bereichen Elternmitarbeit und Teamarbeit
- Die Umsetzung der genannten Leitideen in die Praxis soll in drei Stufen

erfolgen:

Im Haushaltsjahr 2000 wurden 29 neue Stellen für interkulturelle Erzieherinnen eingerichtet und auch besetzt. Die Kosten betragen 2,2 Mio und wurden im HH 2000 eingestellt. Ab 2001 werden weitere 10 Stellen für zusätzliche Erzieherinnen und eine weitere Stelle für die regionale Fachberatung geschaffen. Als Zukunftsperspektive sollten alle Kindertageseinrichtungen mit einem hohen Anteil fremdsprachiger Kinder (30% und mehr) eine zusätzliche Erzieherin zur interkulturellen Pädagogik erhalten.

Wichtig: die Ausbildung der Erzieher

Von zentraler Bedeutung ist die Einstellung und die Ausbildung der Erzieherinnen. In den Lehrplänen der Fachakademien ist interkulturelle Pädagogik ein Querschnittsthema, kein Lehrfach für sich. Darum ist es besonders wichtig, die Fortbildungsangebote des Pädagogischen Instituts (PI) in diesem Bereich zu intensivieren. Das PI bietet für alle Schulen Maßnahmen zur Qualifizierung von Lehrkräften und SchülerInnen an. Anti-Rassismus-Trainings, Toleranz- und Demokratieerziehung, Mediatoren-Trainings zur Gewaltprävention, schulinterne Lehrerfortbildung.

Diese Maßnahmen, die Fort- und Weiterbildungsangebote können vom PI natürlich nur auf freiwilliger Basis angeboten werden. Die LehrerInnen sind nicht verpflichtet, diese Maßnahmen anzunehmen und sich an ihnen zu beteiligen. Es bleibt ihnen selbst überlassen, wie weit sie ihr Engagement betreiben.

In den Grund- und Hauptschulen ist der städtische Einfluss sehr begrenzt, denn sie stehen unter staatlicher Aufsicht. An den städtischen Realschulen - der Anteil von Migrantenkindern liegt hier bei 21% - gibt es jedoch pädagogische Nachmittagsbetreuung, teilweise mit Mittagstisch. An zwei dieser Schulen gibt es für SchülerInnen mit weniger guten Deutschkennt-

nissen internationale Klassen mit Zusatzunterricht in Deutsch, Mathematik und Englisch.

Migrantenkinder sind an Gymnasien unterrepräsentiert

An vielen Schulen wurden Projekte zur Gewaltprävention initiiert. Inzwischen werden an einigen Schulen auch MediatorInnen aus höheren Klassen ausgebildet, die als SchlichterInnen in den jüngeren Klassen eingesetzt werden. Das Projekt Schulsozialarbeit leistet in enger Zusammenarbeit mit dem Sozialreferat einen großen Beitrag zur interkulturellen Stadtteilarbeit.

An den städtischen Gymnasien stellen Migrantenkinder etwa 10 % der SchülerInnen, sind dort also unterrepräsentiert. Allerdings lassen Statistiken die Vermutung zu, dass bereits eingebürgerte SchülerInnen mit Migrationshintergrund bzw. mit Eltern ausländischer Staatsbürgerschaft vermehrt das Gymnasium besuchen. Besondere Eingangsklassen für Kinder ausländischer Staatsbürgerschaft bieten das städtische Lion Feuchtwanger-Gymnasium (16,1% Migrantenkinder) und das staatliche Gymnasium München-Moosach (9%).

Damit die Bildungschancen der nicht-deutschen SchülerInnen an die der deutschen angeglichen werden können, müssen auch neue Wege in der Elternarbeit gefunden werden. Dazu ist es notwendig, dass kulturelle Differenzen von allen Beteiligten als Selbstverständlichkeit respektiert werden. Die kulturell einseitigen Modelle der Kooperation zwischen Schule und Eltern müssen überdacht werden. Auf diese Weise kann es gelingen, mit der Zeit das nötige Vertrauen nicht-deutscher Eltern in die Schule zu stärken und ihre Mitarbeit langfristig zu sichern.

Hilfe bei der Berufsfindung

Ein Projekt, welches mir selber sehr am Herzen liegt, ist die „Qualifizierungsorientierte Fördergruppenarbeit“, die in Zusammenarbeit zwischen dem Referat für Arbeit und Wirtschaft, Schulreferat, Stadtjugendamt und dem Bayerischem Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung zustande gekommen ist. Hinter der unständlichen Bezeichnung verbirgt sich



Sedef Özakin,

37 Jahre, verheiratet, Dipl.-Verwaltungswissenschaftlerin, Übersetzerin, seit 1996 sozial- und migrationspolitische Referentin der Stadtratsfraktion
Strebst Du einen aussichtsreichen Listenplatz an?

„Ja.“

nichts anderes als die Vorbereitung von Hauptschülern auf die Berufsfindung und Berufsvermittlung. Mit diesem Projekt sollen sozial benachteiligte, erziehungsschwierige und leistungswillige SchülerInnen angesprochen werden. Das Ziel ist, dieser Gruppe von Jugendlichen eine Chance zur Berufsfindung und Vermittlung in eine Arbeits- und Ausbildungsstelle zu geben. Gearbeitet wird in Kleinstgruppen mit 2-5 Jugendlichen. Es werden Probleme analysiert und ein mittelfristiges Programm zur Behebung von Defiziten entwickelt. Dabei werden die Fähigkeiten und Stärken einzelner Gruppenmitglieder einbezogen, was der Verstärkung von Selbstwertgefühl und Sozialkompetenz dient. Wesentliche Voraussetzungen für den Erfolg der Fördergruppenarbeit sind eine vertrauensvolle Arbeitsatmosphäre, Aner-

kennung und Ermutigung sowie die Schaffung von Erfolgserlebnissen, durch die eine oftmals lange Geschichte schulischer Misserfolge und Frustrationen durchbrochen werden kann. Da es hier um Berufsfindung und Berufsvermittlung geht, ist auch eine enge Zusammenarbeit mit dem Arbeitsamt (Berufsberatung), IHK und der Handwerkskammer Bestandteil der Arbeit und ein regelmäßiger Austausch findet hier auch statt. Die Jugendlichen, die an diesem Pilotprojekt erstmals an der Implerschule teilgenommen haben, sind alle in Arbeits- und Ausbildungsplätze vermittelt worden. Und auf Grund des großen Erfolges hat der Stadtrat im September 2000 beschlossen, dieses Projekt an sechs weiteren Hauptschulen anzusiedeln.

Tassia Fouki

**Zwischenlager in Ohu:
Zu groß und unsicher**

Die Planungen zur Errichtung eines Zwischenlagers beim Kernkraftwerk Ohu sind nach Auffassung der Grünen im Münchner Stadtrat weit überdimensioniert und entsprechen nicht dem Stand der Technik.

Die Grüne Fraktion hat daher beantragt, die Stadtwerke auf eine „sachgerechte, an der vereinbarten Reststrommenge orientierte Dimensionierung des Zwischenlagers“ zu verpflichten und gleichzeitig gegen die vorliegende Planung Einwendung zu erheben. Stadtrat Siegfried Benker legt Wert auf die Feststellung, dass die Errichtung von Zwischenlagern an den Standorten grundsätzlich rich-

tig ist: „Die Zwischenlager sind Voraussetzung für eine faire Lastenteilung und werden die Zahl der Atom-mülltransporte drastisch reduzieren. Die für den Standort Ohu beantragte Kapazität des Zwischenlagers würde jedoch für eine Laufzeit von 42 Jahren ausreichen.

Dies lässt darauf schließen, dass die Betreiber den Atomkonsens nicht als bindend anerkennen. Sachgerecht wäre eine Orientierung der Kapazität an der vereinbarten Reststrommenge. Darüber hinaus fordern wir eine effiziente Absicherung gegen Flugzeugabstürze - schließlich liegt das AKW im Einzugsbereich des Flughafens München.“

ANGST VOR JUGENDLICHEN?

Akzeptanzprobleme für Kinder und Jugendliche in München

Sei es, dass die Bundesregierung durch Urteile des Bundesverfassungsgerichts zu Änderungen bei den Finanzhilfen für Familien gezwungen wurde; sei es der Aufschrei der Wirtschaft, die nicht mehr ausreichend qualifizierte junge Nachwuchskräfte bekommt; oder einfach die Frage: Wer finanziert unsere Renten in 20 Jahren? - all dies hat die Sensibilität für Belange unserer Kinder beträchtlich erhöht.

Doch wie sieht es in Deutschlands wirtschaftsstärkster Kommune aus? Auch wenn die Geburtenrate im letzten Jahr erstmals wieder stieg, gibt es noch keine Garantie, dass diese jungen Familien auch in München bleiben werden. Ein eng geknüpftes Netz an Kinderbetreuungseinrichtungen und ein breites Angebot an Bildungseinrichtungen können ein Kriterium für Familien sein, hier in München zu wohnen. Im Kindergartenbereich haben wir unser Ziel einer 90%igen Versorgung fast erreicht. Ein Blick auf den Krippen- und Hortbereich zeigt jedoch, dass hier noch viel zu tun ist. Wir haben im Mehrjahresinvestitionsprogramm bis 2005 Gelder für 625 neue Hort- und 252 neue Krippenplätze eingestellt. In allen Schulneubauten werden Hort- oder Tagesheimgruppen von Anfang an mit eingeplant und in allen Neubausiedlungen auch Krippen geplant. Eine wirklich effiziente Lösung des Betreuungsproblems ist aber nur durch die Einführung der Ganztagschule zu erreichen - und hier ist der Freistaat in der Pflicht.

Umfrage zur Kinderfreundlichkeit

Wichtig ist aber vor allem auch, welches Klima im Umgang mit Kindern und Jugendlichen herrscht. Sind Kinder und Jugendliche in unserer Stadt wirklich willkommen, oder wäre es besser, man könnte sie - bis sie alt genug sind unsere Rentenbeiträge zu zahlen - einfrieren, oder anderweitig

still stellen? Seit Anfang diesen Jahres wurde auf Antrag von B'90/Grüne zum ersten mal eine Umfrage über die Kinder- und Jugendfreundlichkeit in München durchgeführt. Die jetzt vorgelegte Umfrage kann (noch) nicht repräsentativ sein; dafür war die Zeit zu knapp und den Befragten - vor allem den Kinderbeauftragten in den Bezirksausschüssen - zu wenig Information darüber gegeben, was genau Kinderfreundlichkeit oder -feindlichkeit ausmacht. Diese Umfrage muss daher ausgeweitet und langfristig fester Bestandteil in der Kinder- und Jugendpolitik Münchens werden. Dabei geht es uns nicht um ein großangelegtes wissenschaftliches Konstrukt, vielmehr bauen die Grünen auf die vorhandenen Ressourcen. Ein von Fachleuten in Zusammenarbeit mit der Münchner Kinderbeauftragten entworfener Fragebogen kann den Kinder- und Jugendbeauftragten in den Bezirksausschüssen, den Kinder- und Jugendeinrichtungen vor Ort und den Streetworkern als wichtiges Handwerkszeug zur Verfügung gestellt werden. Würden diese Fragebögen im mindestens halbjährlichen Rhythmus ausgefüllt, könnte ziemlich bald ein klarer Überblick über die Situation in den einzelnen Stadtteilen vorliegen.

Doch schon die jetzige Umfrage zeigt wichtige Tendenzen auf, auf die die Stadt reagieren muss:

Toleranz sinkt mit zunehmendem Alter der Kinder

Ist bei Kleinkindern die Toleranz der erwachsenen Umwelt noch ziemlich groß, so sinkt sie mit zunehmendem Alter der Kinder immer schneller. Kleinkindspielplätze werden noch geduldet; Kleinkinder sind lieb und süß. Aber schon mit Schulkindern sieht das anders aus. Platz zu unkontrolliertem freien Spiel ist kaum vorhanden. Bolzplätze müssen in einem weiten Abstand zur Wohnbebauung errichtet werden, was in einer eng besiedelten Stadt wie München in vielen Stadtteilen gar nicht möglich ist. Basketballkörbe oder Halfpipes zum Inlinen oder

Skaten sind regelmäßig Ursache für BürgerInnenbeschwerden. Berichte des Gesundheitswesens, dass Kinder heute oft zu dick und bewegungsarm sind, werden von Erwachsenen häufig mit Anekdoten aus der eigenen Jugend kommentiert, wo jeder ständig den wildesten Spielen nachging. Leider haben die meisten vergessen, dass auch damals alles Toben mit Lärm verbunden war. Zu kritisieren, dass Kinder heute nur noch vor dem Fernseher oder Computer sitzen, aber sich gleichzeitig beschweren, wenn einige 10jährige vor der Haustür das gerade geschossene Tor bejubeln - das beißt sich. Kommen unsere Arbeitnehmer von morgen gar noch ins Jugendlichenalter, ist es mit der Toleranz vollkommen vorbei. Jugendtreffs sind ein rotes Tuch in fast allen Stadtteilen. Der Kreisjugendring schreibt: „Die latente Feindlichkeit von Anwohnern gegen Jugendeinrichtungen wird als großes Problem gesehen.“ Wird auf der einen Seite gefordert, dass Jugendliche zu mehr Eigenverantwortlichkeit erzogen werden sollen, so sind es oft gerade die Selbstöffnungsangebote der Jugendeinrichtungen, die auf massive Kritik stoßen.

Jugendlich sind immer zu laut

Genauso geht es den Jugendkultureinrichtungen. Immer sind sie zu laut, die Jugendlichen zu unhöflich und die Musik sowieso schrecklich. Eigentlich genauso wie zu unsere Jugendzeit, nur, dass die Erwachsenen damals nicht sofort vor Gericht zogen, um ihre Ansprüche auf dauerhafte Ruhe durchzusetzen.

Erschreckend ist auch die Angst, die viele Erwachsene vor Jugendlichen haben, die sich auf der Straße oder auf Plätzen aufhalten. Die Abteilung Streetwork im Stadtjugendamt stellt fest: „Jugendliches Verhalten, wie das Treffen der peer - groups im öffentlichen Raum wird von der Öffentlichkeit immer öfter als bedrohend, geschäftsschädigend und als Anbahnung von Straffälligkeit gesehen.“ Natürlich gibt es auch in München problematische Jugendliche. Streetwork und Ju-

gendpolizei beobachten die Entwicklung in den einzelnen Stadtteilen genau und greifen ein, wenn die Situation zu eskalieren droht. Aber nicht alle Jugendlichen, die vielleicht zu zehnt auf einer Parkbank sitzen, Musik hören und heimlich eine Zigarette rauchen, sind gefährliche Straftäter. Die meisten reagieren nur aggressiv, wenn sie von Erwachsenen beschimpft werden. Auf eine höfliche Bitte auf Rücksichtnahme auf schlafende Anwohner oder spielende Kinder wird sehr häufig auch höflich reagiert. Toleranz ist immer eine Sache von Gegenseitigkeit, das sollten sich auch viele der immer über Jugendliche schimpfenden Erwachsenen vor Augen halten.

Jugendliche brauchen mehr Platz

Wir müssen in München dafür sorgen,



Günter Pangerl

45 Jahre, ledig, keine Kinder
 Krankenschwester
 Seit 1996 Sprecher der Grünen im BA 18 (Untergiesing/Harlaching)
 Strebst Du einen aussichtsreichen Listenplatz an?

„Ja.“

dass Jugendliche Platz finden. Dazu sollte mit den Wohnbaugesellschaften verhandelt werden, wie von Anfang an auf die Bedürfnisse von Jugendlichen eingegangen werden kann. Gedacht werden könnte z.B. an Kellerräume oder Bauwägen in Parks, die von den Jugendlichen eigenverantwortlich genutzt werden könnten.

Dringend nötig ist in München ein Gremium, das sich schwerpunktmäßig

mit den Belangen von Jugendlichen befasst. Ein Gremium, das in der Lage ist, die Gesamtsituation von Jugendlichen in München zu erfassen und zu steuern, das aber auch die kleinräumigen Ressourcen oder Defizite rechtzeitig erkennen und Vorschläge zur Nutzung bzw. Behebung entwickeln kann.

*Siegfried Benker
 Jutta Koller*

DIE MACHT DER VERBRAUCHER

Das Beispiel BSE zeigt anschaulich, welche Macht Verbraucher auf Produktionsweisen ausüben können, wenn es zur Katastrophe kommt und eine Konsumverweigerung eintritt.

Die Krise in der europäischen Landwirtschaft durch BSE, Maul- und Klauenseuche, Antibiotika in Schweinefleisch etc. hat einen Umschwung in der Mentalität der Verbraucher ausgelöst: Qualität statt Masse - weniger ist mehr! In Folge dieser Diskussion ist das Thema „gesundheitlicher Verbraucherschutz“ wieder stärker in den Mittelpunkt gerückt. Aber was verbirgt sich dahinter und welche Handlungsmöglichkeiten hat die kommunale Ebene? Der Bereich Verbraucherschutz umfasst eine Vielzahl von Themenfeldern: Das sind neben Ernährung auch Bereiche wie Mobilfunk, Weichmacher in Kinderspielzeug, e-commerce und vieles andere mehr.

Die staatliche bzw. städtische Ebene hat verschiedene Funktionen hier: Zum einen übernimmt sie beispielsweise im Lebensmittelbereich eine Kontrollfunktion, zum anderen kann sie durch Aufklärung und Beratung dazu beitragen, die Macht der Konsumenten zu stärken:

1. Lebensmittelkontrolle

In diesem Zusammenhang sind in der Vergangenheit Begriffe wie die ‚gläserne Produktion‘ vom Stall bis auf den Tisch (‚from stable to table‘) oder, Rückverfolgungsketten en vogue geworden. Gemeint ist damit, dass die Lebensmittelüberwachung auf alle Bereiche von der Produktion bis zum Handel ausgedehnt werden sollte. Unterstützt wird dieses Vorhaben durch die beabsichtigte Verschärfung des Produkthaftungsgesetzes. Die staatliche Ebene ist sicherlich überfordert, wenn es darum geht, auf der Angebotsseite des Marktes eine umfassende Kontrolle durchzuführen, die auch ethische, soziale und ökologische Standards umfasst und die z.T. weltweit agierenden Unternehmen auf bestimmte Standards zu verpflichten. Die staatliche Seite kann sich jedoch verstärkt um die Nachfrageseite kümmern und das ist der eigentliche Kern eines vorsorgeorientierten, gesundheitlichen Verbraucherschutzes.

2. Die Stärkung der Konsumentenmacht

Der Verbraucher hat letzten Endes eine entscheidende Machtstellung und kann die Angebotsseite entscheidend beeinflussen - Güter, die nicht verkauft werden, werden auch nicht mehr produ-

ziert. Den Verbraucher als souveränen Konsumenten zu begreifen - oder, wie Edda Müller, das in ihrem Beitrag für die Zeitschrift „Aus Politik und Zeitgeschichte“ formuliert hat: - ein „Leitbild des ethisch verantwortlich handelnden Konsumenten“ zu entwerfen, das ist die eigentliche Herausforderung für die Politik. Hier gilt es gerade im kommunalen Bereich in Zusammenarbeit mit Verbraucherzentralen und Verbänden zusätzliche Kompetenzen aufzubauen. Beratung und Aufklärung, der Aufbau einer unabhängigen und kompetenten Anlaufstelle für alle Fragen des Verbraucherschutzes - das sind die wesentlichen Bausteine einer modernen Verbraucherpolitik.

3. Vorbildfunktion im eigenen Bereich

Die Kommune kann in ihrem eigenen Bereich eine Vorbildfunktion übernehmen, indem sie v.a. bei der Ernährung (Krankenhäuser, Kantinen, Kindertagesstätten, Kindergärten, Schulen etc.) nach ökologischen und sozialen Kriterien einkauft. Die Grünen kämpfen schon seit Jahren für ein verstärktes Angebot an Lebensmitteln aus ökologischem Anbau und auch ein verstärktes Angebot vegetarischer Gerichte in diesen Einrichtungen.

Judith Schmalzl

DAS ERBE DER SCHWARZEN SHERRIFFS

Ist München eine liberale Großstadt?

München muss liberal und weltoffen bleiben - diesen gut gemeinten Slogan haben auch die Grünen schon auf ihren Wahlplakaten verwendet. Aber trifft die in der Anforderung enthaltene Feststellung wirklich zu?

Eine Stadt macht Gesetze nicht selbst, aber sie vollzieht sie. Und in München ist es entscheidend vom Kreisverwaltungsreferat mit seinen umfangreichen Kompetenzen in Ordnungs-, Sicherheits- und Ausländerangelegenheiten abhängig, ob hehre Grundsätze wie „liberal“, „tolerant“ und „weltoffen“ tatsächlich mit Leben erfüllt werden oder nur Fassade sind. Nicht umsonst haben die Grünen dafür gekämpft, das Kreisverwaltungsreferat aus der Vorherrschaft der CSU zu befreien, die diese Behörde in München lange Jahre (von 1982 bis 1998) mit der ihr eigenen obrigkeitstaatlichen Ideologie geprägt hat. Einmal wäre rot-grün fast daran zerbrochen.

Solange die wichtigsten Ordnungsbehörden der Stadt noch von einem bekennenden Schwarzen Sheriff geleitet wurden, lagen Verstöße gegen Toleranz und Humanität gewissermaßen in der Natur der Sache und waren einfach ein Ergebnis Kronawitterscher Personalpolitik. Seit der neue Mann da ist, hat sich durchaus vieles verbessert. Doch regelmäßig läuft ihm seine Behörde noch aus dem Ruder.



Dr. Wilfried Blume-Beyerle



Für manche eine unerträglicher Anblick: Abgestellte Fahrräder vor dem Fischbrunnen.

Kiffer schikanieren

Da sind zum Beispiel die unglücklichen Konsumenten von Cannabis-Produkten, die in Besitz von ein paar Gramm von der Staatsgewalt angetroffen werden. Sie werden die These von der „Liberalität“ der bayerischen Klein-Metropole absurd finden. Nicht genug, dass sie im bayerischen Freistaat grundsätzlich vom Staatsanwalt angeklagt werden - und über 6 Gramm wird das Verfahren auch bei „Ersttätern“ nicht eingestellt (zum Vergleich Schleswig-Holstein bis zu 30 g, Berlin bis zu 15 g, NRW bis zu 10 g). Wer einem Gerichtsverfahren wegen Geringfügigkeit der Menge entkommen ist, auf den wartet das Kreisverwaltungsreferat mit einer Münchner Sonderstrafe namens „Aufenthaltsverbot.“ Ist die Menge noch so klein, wenn das Kreisverwaltungsreferat Kenntnis von dem Fall erhält (und die Polizei gibt die Daten routinemäßig weiter), erteilt es unterschiedslos Aufenthaltsverbote für bestimmte Örtlichkeiten: in der Regel für den Hauptbahnhof und seine nähere Umgebung, die Gebiete um die

Bereiche der U-Bahnhöfe Universität und Giselastraße (für Studenten eine besonders krasse Schikane) einschließlich Leopoldpark, die Münchner Freiheit mit angrenzendem nördlichen Bereich sowie Ostbahnhof, Orleansplatz einschließlich Orleansstraße und Postwiese. Der Grünen Stadtratsfraktion wurde nun der Fall eines Studenten bekannt, der wegen der lächerlichen Menge von 0,5 Gramm Haschisch ein Aufenthaltsverbot erhielt. Es ist traurig, aber wahr: Nach der momentan ausgeübten Praxis verhält sich das Münchner Kreisverwaltungsreferat repressiver als die bayerischen Staatsanwaltschaften und das bayerische Innenministerium.

Humaner Vollzug der Ausländerrechts?

Unübersehbare Mängel gibt es auch beim „humanen Vollzugs der Ausländerrechts“ (so steht es im rot-grünen Koalitionsvertrag). Immer wieder werden Einzelfälle bekannt, in denen das Kreisverwaltungsreferat Ausländer mit bürokratischem Erfindungsreich-

tum in die Enge treibt. So erlitt die Stadt unlängst eine Niederlage vor dem Verwaltungsgericht, weil sie ein zweijähriges, in Deutschland geborenes Kleinkind mit Abschiebung bedrohen wollte. Die rechtliche Grundlage für die Abschiebungsandrohung ergab sich allein aus der Tatsache, dass der Vater des Kindes, ein Asylberechtigter, nicht das alleinige, sondern „nur“ das gemeinsame Sorgerecht hatte - eine völlig abstruse Regelung aus dem Dickicht des deutschen Ausländerrechts. Der Richter urteilte, es sei verfassungswidrig, einem ausländischen Kind nur dann eine Aufenthaltsbefugnis zu gewähren, wenn auch die Mutter eine besitzt - nicht aber, wenn nur der Vater aufenthaltsberechtigt ist. Der Sinn derartiger städtischer Prozesshanselen, die schließlich auch das Geld der Münchner Steuerzahler kostet, bleibt im Dunkeln.

Ausländerrecht gilt nicht als das Steckenpferd von Dr. Blume Beyerle - und ein Spitzenbeamter muss auch delegieren können. Aber hat er seine Behörde noch im Griff?

Radl-Abschleppen

Eine weitere Glanzidee des Kreisverwaltungsreferats war die zwangsweise Entfernung von Fahrrädern vom Marienplatz - im Zweifelsfall auch unter Beschädigung teurer Fahrrad-Schlös-

ser. Der Einfall stammte ursprünglich aus dem Laboratorium der SPD-Stadträtin Barbara Scheuble-Schäfer und wurde von Baureferent Haffner und KVR-Chef Blume Beyerle dankbar aufgenommen.

Solch rabiater Einsatz für die Puppenstuben-Atmosphäre in der Fußgängerzone verprellt Radfahrer und konterkariert das erklärte Ziel der Stadt München, den Radverkehr zu fördern und seinen Anteil am „modal split“ auf 25 % zu heben. Wer sich, umweltschonend, mit dem Fahrrad in die Innenstadt begibt und feststellen muss, dass dies mit dem Umsetzen des Radls und dem Aufbrechen des Schlosses honoriert, wird den Anspruch Münchens auf das Prädikat „fahrradfreundlich“ als blanken Hohn empfinden. Hinzu kommt die völlig ungeklärte Frage, wie diese Sachbeschädigung mit dem Gesetz in Einklang zu bringen ist.

Nach negativen Presseberichten und heftigem Widerstand der Grünen im Kreisverwaltungsausschuss bekam die SPD aber offensichtlich „kalte Füße“. So konnte dieser Schildbürgerstreich doch noch verhindert werden.

Einschränkung von Grundrechten

Einer liberale Amtsauffassung widerspricht auch der Eifer, mit dem Dr. Blume-Beyerle der Aufforderung des Münchner Polizeipräsidiums nachge-

kommen ist, als „militant“ eingestufte Demonstranten an der Ausreise nach Österreich zum Weltwirtschaftsforum in Salzburg zu hindern. Das KVR übernahm die Wünsche des Polizeipräsidiums ohne Prüfung von Einzelfällen, verhängte eine Meldepflicht (zweimal täglich) gegen ca. 15 Personen und zog deren Personalpapiere für die Dauer des Weltwirtschaftsforums ein. Unter den Betroffenen befand sich mindestens eine Person, die nicht einschlägig vorbestraft ist. Auch anlässlich des G8-Gipfels in Genua scheint das KVR diese Praxis angewandt zu haben.

Die Einschränkung der Demonstrationsfreiheit und des Rechts auf Freizügigkeit ist in einer Demokratie eine scharfe Sanktion. Wie ist es möglich, dass im angeblich toleranten und weltoffenen München auch Menschen davon betroffen sind, die auf Grund bloßer Verdächtigungen in einer Datei der Polizei erfasst wurden?

Liberale Amtsführung kann ordnungspolitische Scharfmacher nicht einfach gewähren lassen. Auch Liberalität benötigt den Willen und die Fähigkeit zur Durchsetzung bestimmter Normen und Richtlinien. Was das angeht, könnte Herr Blume-Beyerle sich von seinen Vorgängern ruhig eine Scheibe abschneiden.

Markus Viellvoye

Prost ÖBZ!



Am 6. Juli wurde in Bogenhausen das Ökologische Bildungszentrum eröffnet. Das ÖBZ versteht sich als Raum für die gesellschaftliche Kontroverse über Wege in die Zukunft. Im ÖBZ sollen daher Debatten über Kernenergie und Gentechnik ebenso stattfinden wie über Emissionszertifikate, Öko-Steuern und Mobilitätsstrategien. Konzepte und Möglichkeiten für eine zukunftsfähige Stadtentwicklung werden anschaulich gemacht. Das ÖBZ wird darüber hinaus ein Forum bieten, um die lokale Agenda 21 weiterzuentwickeln.

Das Gebäude ist nach modernsten bauökologischen Erkenntnissen konzipiert. Unser Foto zeigt Bürgermeister Hep Monatzedner mit Architekt Andreas Kohwagner - übrigens auch ein langjähriges Mitglied der Grünen. Nähere Informationen: www.oebz.de

VOM ELEND DER DEMOSKOPIE IN MÜNCHEN

Wenig Vertrauen hat die Grüne Stadtratsfraktion in die regelmäßig von der Süddeutschen Zeitung veröffentlichten Umfragen des Peinelt-Instituts über die politische Stimmung in München.

Zwar sind die Grünen in den letzten Umfragen nicht schlecht weggekommen - aber über die Jahre hinweg kam es bei der Einschätzung der Grünen immer wieder zu starken, durch die politische Lage kaum erklärbaren Schwankungen.

Kleine und kleinere Parteien sind für die Demoskopie viel schwieriger zu erfassen als große. Je weniger Menschen befragt werden, je kleiner also die Datenbasis, desto größer die möglichen statistischen Schwankungen - und die fallen bei kleineren Parteien schwerer ins Gewicht als bei den Volksparteien.

Das Peinelt-Institut hat aber auch mit SPD und CSU seine Probleme. Im Januar 1996, zwei Monate, vor den letzten Kommunalwahlen, sagte Peinelt der SPD ein Debakel mit 29,1 % und der CSU einen Kanter Sieg mit über 42 % voraus. Tatsächlich lieferten sich die beiden dann ein Kopf-an-Kopf-Rennen mit 37,4 bzw 37,9 %. Die Grünen, die laut Peinelt bei 13 % lagen, erreichten 9,6 % - eine recht deutliche Abweichung. Natürlich kann man einwenden, dass zwischen Umfrage und Wahl zwei Monate lagen. Doch wer glaubt schon, das derartige weit gehende Stimmungsschwankungen durch einen nicht gerade dramatischen Kommunalwahlkampf ausgelöst werden können?

Ein Leserbrief des renommierten Parteienforschers Prof. Jürgen Falter aus Mainz in der SZ enthüllte jetzt die Schwächen der Peinelt-Methoden. Die im Mai 2001 veröffentlichte Umfrage

prognostizierte ein spannendes „Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen der CSU mit 38 % und der SPD mit 38,7 % (Grüne 11,7 %)

Auf der Basis von 783 Befragten, so rechnet Falter vor, bedeutet dies, „dass mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 % (bzw. einer fünfprozentigen Irrtumswahrscheinlichkeit) der Stimmanteil der SPD irgendwo zwischen 35,3 und 42,1 % und der Anteil der CSU irgendwo zwischen 34,6 und 41,4 % liegt, dass also ein großer CSU-Vorsprung statistisch genauso möglich ist wie eine großer SPD-Vorsprung.“

Und für die Grünen ist demnach ein Ergebnis weit unter 10 % genau so wahrscheinlich wie ordentlich drüber. Nur eines steht fest: Auf Peinelt-Umfragen sollte man sich als Kommunalpolitiker nicht verlassen.

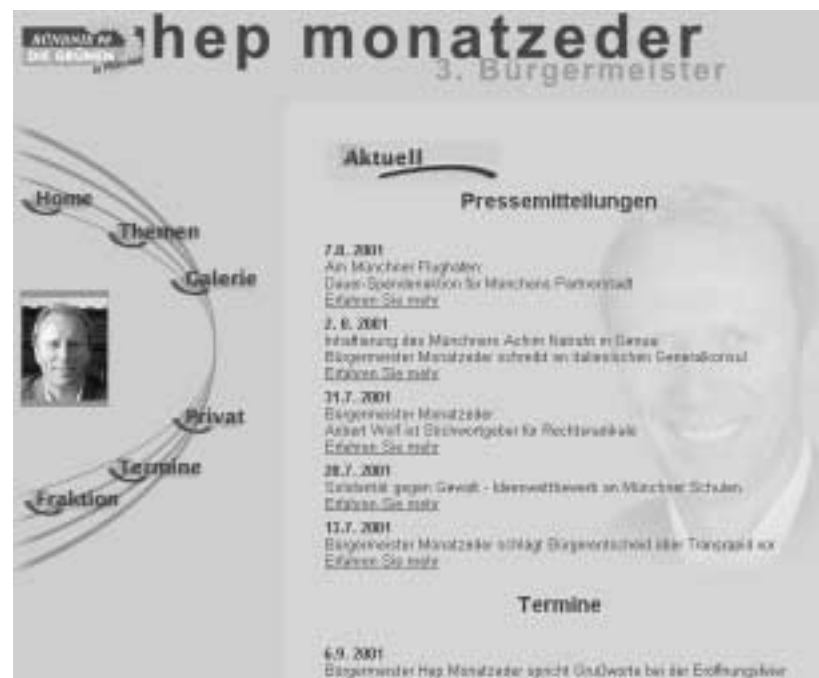
Markus Viellvoye

Bürgermeister Monatzeder im Netz <http://www.hep-monatzeder.de>

Bürgermeister Hep Monatzeder ist jetzt mit einer eigenen Website im Internet erreichbar. Auf der bunt gestalteten Seite informiert er nicht nur über seine politischen Schwerpunkte, über aktuelle Pressemitteilungen und Termine.

Der Grünen-Bürgermeister will darüber hinaus auch dem allgemeinen Bedürfnis eines breiteren Publikums nach Unterhaltung entgegen kommen. Natürlich wird auch der heraufziehende Wahlkampf auf seiner privaten Website nicht zu kurz kommen. Hep Monatzeder:

„Wer Grüne Politik bislang für dröge oder genussfeindlich hielt, sollte meiner website einen kleinen Besuch abstatten.“



POLIZEITERROR IN GENUA

Brief an den italienischen Generalkonsul in München



Leider kein Einzelfall: Brutaler Polizeieinsatz in Genua.

Grünen-Fraktionschef Siegfried Benker hat sich wegen der Vorfälle in Genua anlässlich des G8-Treffens an den italienischen Generalkonsul in München, Dr. Vittorio Tedeschi, gewandt.

Sehr geehrter Herr Generalkonsul Tedeschi,

Ich möchte mich heute wegen der Vorfälle in Genua anlässlich des G-8-Treffens vom 20. - 22. 7. 2001 an Sie wenden. Wie die meisten Münchner kann auch ich die Vorfälle von Genua nur aufgrund der Medienberichterstattung beurteilen. So will und kann ich mich auch nicht zu einzelnen Vorfällen äußern.

Ein bedrückender Eindruck bleibt jedoch, wenn man in der Gesamtschau betrachtet, dass die italienische Polizei anscheinend zu keinem Zeitpunkt um Deeskalation der Situation bemüht war. Auch nach dem Tod des Demonstranten Giuliano Carlo wurde von seiten der Polizei - wenn man den Medienberichten folgt - nichts unternom-

men, um die Situation nicht weiter eskalieren zu lassen.

Der traurige Höhepunkt einer rein militärischen Strategie der italienischen Polizei war die Erstürmung des Genua Sozial Forums in der Nacht vom 21. auf den 22. Juli. Offensichtlich wurde hier mit äußerster Brutalität vorgegangen, wie aus den Medienberichten un schwer zu erkennen ist. Auch verzichtete die Polizei damit endgültig darauf, zwischen militanten und friedlichen Demonstranten zu unterscheiden.

Ich bin der festen Ansicht, dass es nicht Aufgabe der italienischen Polizei sein kann, den Protest gegen die Form der Globalisierung, wie die G-8 Regierungsschefs sie vorantreiben, mit Gewalt zu unterdrücken.

Auch jetzt, nach dem Ende des Gipfels und der Gegenaktionen, zeigt das Verhalten der Polizei nicht, dass sie sich unbedingt rechtsstaatlichen Prinzipien verpflichtet fühlt. Derzeit befinden sich noch ca. 70 Personen in Haft, darunter offensichtlich auch fünf aus München. Wie der Presse zu entneh-

men ist, hatten viele der Inhaftierten bisher keine Möglichkeit, ihren Anwalt oder die nächsten Angehörigen zu sehen. Ungefähr ein Drittel dieser Festgenommenen ist verletzt.

Ich möchte Sie auf diesem Wege bitten, sich dafür einzusetzen, dass die Festgenommenen so schnell wie möglich die Möglichkeit erhalten, ihre Anwälte zu kontaktieren und Verwandtenbesuche zu erhalten. Wenn keine schwerwiegenden Straftaten angeklagt werden, müssen die Betroffenen freigelassen werden.

Entschuldigen Sie bitte meine deutlichen Worte. Aber ich bin durchaus betroffen vom Vorgehen der italienischen Polizei. Über einen Einsatz Ihrerseits für die Festgenommenen würde ich mich sehr freuen.

25.7.01

*Mit freundlichen Grüßen
Siegfried Benker
Fraktionsvorsitzender*

QUALITÄT STATT STAPELWARE

Zur Hochhausdebatte in München

Das Stadtbild Münchens ist geprägt von ablesbarer Stadtgeschichte, einer vielfach gelungenen und im besten Sinne konservativen Maßstäblichkeit. Das mögen viele langweilig finden, es ist aber ein Wert an sich und lohnt eine behutsame Weiterentwicklung. Maßstab sprengende Architektur muss sich daher durch herausgehobene Be-

deutung und hohe Gestaltungsqualität legitimieren. Das trifft besonders für Hochhäuser zu: das Stadtprofil weit überragende Gebäude müssen von höchster Qualität sein und mit bester ÖV-Erschließung an einem angemessenen Standort errichtet werden. Es wäre unvorstellbar, dass sich zum Beispiel hinter dem Nymphenburger

Schloss plötzlich ein Hochhaus erheben würde. Auch die Innenstadt mit ihrer hohen baulichen Qualität ist für Hochhäuser absolut tabu. Die Standorte, die sich für hohe Gebäude am oder außerhalb des Mittleren Rings eignen, wurden in der Untersuchung von Prof. Stracke Anfang der neunziger Jahre klar benannt und vom Stadtrat einmütig gebilligt. Damit ist auch klar, dass Investoren die Lage und Gestalt eines Hochhauses nicht einfach bestimmen können - dies ist immer noch dem Stadtrat vorbehalten.

Bedeutungslose Investoren-Stapelware, die das Auge beleidigt, hat in München keinen Platz. Es gilt die Bauherren davon zu überzeugen, dass große Namen nicht immer automatisch zu herausgehobener Qualität führen. Die Durchführung von Architektur-Wettbewerben ist sicher ein Schritt in die richtige Richtung - vor allem wenn die Investoren sich auch an die Empfehlungen der Preisgerichte halten.

Obwohl Hochhäuser weder ökonomische noch ökologische Glanzlichter sind, ist der Wunsch nach städtebaulichen Dominanten (u.a. mit dem Hintergrund Firmen optisch herauszuheben doch nachvollziehbar). Dies ist sowohl BMW als auch der damaligen Hypobank in hervorragender Weise gelungen. Hinter diesen Leistungen sollte niemand, der ein Hochhaus realisieren will, zurück bleiben. Sie sollten Ansporn für alle an solchen Projekten Beteiligte sein.



Hat Maßstäbe gesetzt: Das BMW-Hochhaus am Petuelring.

Boris Schwartz

MOVE

Einen Strategiekongress zur verkehrspolitischen Wende in München veranstaltet die Münchner Umweltinitiative Green City. Im Rahmen des Europaweiten Aktionstages - „In die Stadt ohne mein Auto“ (car-free-day) laden die Organisatoren am 22. September 2001 zu Vorträgen und Diskussionen in das Alte Rathaus ein. Teil des Programms ist auch ein Besuch des parallel stattfindenden Streetlife-Festivals im Tal.

Programm

- 13.00 Uhr Begrüßung
Sonja Haider, Green City e.V.
Mensch und Mobilität -
eine philosophische Betrachtung
- 13.30 Uhr Die Stadt im Jahr 2020
Prof. Dr. Heiner Mohnheim,
Universität Trier
- 14.15 Uhr Zur Harmonie von Stadt u. Verkehr
Prof. Dr. Hermann Knoflacher, TU Wien
- 15.00 Uhr Visions-Diskussion mit den Referenten
und Teilnehmern
- 15.45 Uhr Pause und Besuch des Streetlife-Festivals
im Tal
- 16.30 Uhr Die Verkehrswende auf Bundesebene
Albert Schmidt, MdB, Verkehrspolitischer
Sprecher der Fraktion B90/Die Grünen
- 17.00 Uhr Strategie zur Verkehrswende in München
Jens Mühlhaus, Green City e.V.

- 17.30 Uhr Strategie-Diskussion mit allen Referenten
und Teilnehmern
Verabschiedung Aktionsprogramm
- 19.00 Uhr gemeinsamer Mobilitätsumzug auf dem
Altstadtring
- ab 20 Uhr MOVE! Die Party mit DJ

Das Programm wird durch Film,
Kabarett und Musik begleitet

Kosten:

- bis 31.08.01: 40,- DM / 30,- DM (ermäßigt)
- ab 01.09.01: 50,- DM / 40,- DM (ermäßigt)

Anmeldung bei:

Green City e. V.
Klenzestr. 54
80469 München
Tel.: 089 / 890 66 80
Fax: 089 / 890 66 8 66
www.greencity.de

TERMINE

Montag, 24. September, 19 Uhr:

Stadtversammlung im Zunfthaus, Thalkirchnerstr. 76. Thema: Stadionneubau in Fröttmaning?

Samstag, 13. Oktober:

Versammlung der Münchner Grünen zur Aufstellung von BewerberInnen für den Wahlvorschlag zur Kommunalwahl 2002 und zur Aufstellung eines Bewerbers für die OB-Wahl. Zunfthaus, Thalkirchnerstr. 76.

Ortsverbände:

Donnerstag, 13.9., 20 Uhr:

OV Allach-Untermenzing, bei Aurnhammer, Manzostr. 92a

Donnerstag, 13.9., 19.30 Uhr:
OV Sendling, Gaststätte Valley, Aberlestr. 52

Mittwoch, 19.9., 19 Uhr:
OV STOFF, Bürgersaal Fürstenried, Züricherstr. 35

Donnerstag, 20.9., 19.30 Uhr:
OV Zentral, Stadtbüro, Sendlingerstr. 47 (Zwischengeschoss)

Arbeitskreise:

Dienstag, 11.9., 19 Uhr:

AK Frauen, Stadtbüro, Sendlingerstr. 47 (Zwischengeschoss)

Mittwoch, 26.9., 19 Uhr:

AK Einwanderer und Flüchtlinge, Rathaus, Zi. 154

Arbeitsgruppe Grundsatzprogramm zur Diskussion und evtl. Erarbeitung von Änderungsanträgen für die Bundesdelegiertenkonferenz am 24. November in Rostock.

Dienstag, 21.8.:

Wirtschaft und Soziales

Dienstag, 4.9.:

Wissen und Demokratie

Montag, 17.9.:

Außenpolitik und Präambel

Jeweils um 19.30 Uhr im Stadtbüro, Sendlingerstr. 47

Mittwoch, 12.9., 19.30 Uhr:

Mitgliederversammlung der Grünen Jugend München im Stadtbüro

Donnerstag, 4.10., 18 Uhr:

Kommunalpolitisches Forum. Thema: BA-Wahlkampf in München – Mitreden – Mitmachen – Mitentscheiden. Rathaus, Zi. 154

Freitag, 28. 9., 19.30 Uhr:

Integrationspolitik in den Niederlanden - ein Modell für Deutschland?

Eine Veranstaltung der Petra-Kelly-Stiftung mit Klaus J. Bade, Pavlos Delkos und Elisabeth Köhler MdL.

Moderation: Herrad Meese.
Ein WeltHaus,
Schwanthalerstr. 80

Samstag, 1.9., 16 Uhr:

Antikriegstag 2001.

Mit Helmut Schmid (DGB) und Marion Lehmicke (Münchner Friedensbündnis).

Kulturprogramm mit Hanne Hiob,
Roter Wecker u.a. Gewerkschaftshaus, Schwanthalerstr. 64.

Die Bürgerinitiative „Mehr Platz zum Leben“ lädt ein zur Mini-Wies'n der besonderen Art

Samstag, 22. 9. 14-22 Uhr und Sonntag, 23.9.12- 18 Uhr
am Jugendspielplatz Candidplatz



Juri Wostal

31 Jahre, ledig
Bankkaufmann, derzeit Referent der
Grünen im Landtag, 4 Jahre Mitglied
im Stadtvorstand-München, seit 4 Jah-
ren Mitglied im BA 19 (Solln usw.)
Strebst Du einen aussichtsreichen
Listenplatz an?
"Ja."

BewerberInnen um aussichtsreiche Listenplätze:

Siegfried Benker
Herbert Danner
Helmut Jahraus
Hep Monatzeder
Jens Mühlhaus
Günther Pangerl
Florian Roth
Boris Schwartz

Lydia Dietrich
Tassia Fouki
Jutta Koller
Sabine Krieger
Sedef Özakin
Judith Schmalzl
Anke Wittmann
Juri Wostal

Grüne Anlaufstellen:

STADTRATSFRAKTION

Bündnis 90/Die Grünen – rosa Liste,
Tel: 233 92 620, Fax: 290 41 05
presse@gruene-muenchen-stadtrat.de
www.gruene-muenchen-stadtrat.de

Geschäftsstelle

Elke Büttner

Fraktionsvorsitzende

Siegfried Benker
Jutta Koller

Grünes Stadtbüro

(täglich von 15-18 Uhr),

Sendlingerstr. 47, 80331 München
Tel.: 201 44 88, Fax: 202 18 14
e-mail: stadtbuero@
gruene.m.uunet.de
http://www.gruene.de/muenchen

MitarbeiterInnen

Annette Louis,
Liane Rohen,
Petra Tuttas

Stadtvorsitzende

Dr. Florian Roth, Lydia Dietrich

Büro 3. Bürgermeister

Hep Monatzeder,
Tel. 233 92 482
Büroleitung
Stefan Scholer

Grüne Jugend München

Andrea Ossig
Tel.: 783918 / 0174-3114674)
andrea@gjm.de
Dieter Janecek
Tel.: 21708898 / 0179-4529028)
dieter@gjm.de
Internet: www.gjm.de

Nachtleben in München aufgewertet

Einen eher unerwarteten Erfolg erzielte die Grüne Stadtratsfraktion mit einem Vorstoß zur Verlängerung der Betriebszeiten auf Freischankflächen. Bisher war grundsätzlich um 22 Uhr Schluss mit dem gemütlichen Draußensitzen in warmen Sommernächten - ein Ärgernis und ein Beleg für die Provinzialität der bayerischen „Metropole.“

Auf Antrag der Grünen hin können Freischankflächen ab jetzt generell bis 23 Uhr betrieben werden - sofern die Nachbarn nicht gestört werden. Stadträtin Tassia Fouki:

„Die Verlängerung des Gaststättenbetriebs im Freien auf 23 Uhr wird das Leben in München attraktiver machen. In den wenigen Nächten, in denen man bis elf Uhr im Freien sitzen kann, sollte eine Großstadt dies auch großzügig erlauben.“

Impressum

Inhaber und Verleger:
Stadtratsfraktion
Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Marienplatz 8,
80331 München,

Redaktion MAMBA:
Markus Viellvoye (verantwortl.),

Christine Kugler, Alexandra Weiß,
Sedef Özakin, Stefan Scholer

Die Zeitung ist für Mitglieder der Münchner
Grünen kostenlos.

Der Bezug im Jahresabo kostet derzeit DM 18,-/
Einzelpreis DM 3,-

Konzeption: Bernd Haak
Titellogo: Barbara Rueff
Druck: Ulenspiegel Druck und Verlag,
Besengassl 4, 82346 Andechs
Auflage: 2000